



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Zeitgeschehen

Bernd Brackmann

Parteiendämmerung

oder: Das Ringen um eine »stabile« Regierung

»Ich kann nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müssen.«¹
Angela Merkel

Nach der Wahl ist vor der Qual. Das Bemühen um eine Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 erschien stellenweise wie ein Stück aus dem Tollhaus. Nach vier Verhandlungswochen von CDU/CSU, Grünen und FDP beendete der FDP-Vorsitzende Christian Lindner unerwartet (?) die »Jamaika«-Gespräche, und eine von vielen für sicher gehaltene Regierungsoption löste sich auf. Nachdem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier allen Parteivorsitzenden ins Gewissen geredet hatte, folgte bei der SPD auf strikte Ablehnung die allmähliche Annäherung an eine Regierungsbeteiligung, da die Kanzlerin ausgeschlossen hatte, eine Minderheitsregierung zu führen.

Während die SPD in den folgenden Monaten einen qualvollen, zum Teil chaotischen Entscheidungsprozess durchmachte, in dessen Verlauf Martin Schulz den Parteivorsitz niederlegte, hörte man von der CDU keine substantielle Aussage. Die Kanzlerin schien an Ansehen und Einfluss zu verlieren, denn eine zielgerichtete Steuerung der Ereignisse oder impulsgebende Ideen nahm man bei ihr nicht wahr. Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen wiederholte sie ihr Mantram, man stehe vor großen Herausforderungen, die man nur gemeinsam bewältigen könne. Die GroKo sei alternativlos.

Nach dem Ende der Verhandlungen am 7. Februar 2018 wurde in der CDU einiger Unmut

laut über den Verlust wichtiger Ressorts, und man forderte eine personelle Erneuerung der Partei. Angela Merkel berief daraufhin einige jüngere Parteimitglieder ins Kabinett. Der CDU-Parteitag Ende Februar ergab dann aber eine breite Zustimmung für ihre Personal-Entscheidungen und den Koalitionsvertrag. Am 4. März wurde schließlich das Ergebnis des Mitglieder-votums der SPD veröffentlicht: Immerhin 66% hatten für die Regierungsbeteiligung gestimmt. Zum dritten Mal in diesem noch jungen Jahrhundert würden also die beiden sogenannten »Volksparteien« eine Große Koalition eingehen. Am 14. März wurde Angela Merkel schließlich vom deutschen Bundestag zum vierten Mal zur Kanzlerin gewählt – allerdings mit einem denkbar knappen Ergebnis.

Durch diese Vorgänge wurde endgültig klar, dass man von den traditionellen politischen »Lagern« nicht mehr sprechen kann. Denn, wie »der Freitag«-Redakteur Sebastian Puschner feststellte, »FDP, Union, Grüne und SPD eint weitestgehend das kosmopolitische Bekenntnis zu globalisierter Ökonomie, kultureller Liberalisierung, liberaler Wirtschaftsregulierung, mitunter militärischen Interventionen zur Verbreitung eigener Politik- und Gesellschaftsmodelle und die Negation von Verteilungskonflikten infolge grenzenloser Migration«.² In allen Koalitionsverhandlungen – auch zu »Jamaika« –

die Drei 5/2018

waren es immer nur einzelne Punkte, die entgegen der grundsätzlichen Gemeinsamkeiten eine Einigung verhinderten oder deren Spitzen geglättet werden mussten. Alte Vorstellungen von »Rechts« und »Links« tragen nicht mehr, und abgesehen von der Linken – sofern sie außerhalb einer Regierungsverantwortung steht – ist keine Partei mehr eindeutig durch ihr Programm zu identifizieren.

Parteipolitik als Zerrbild

Rudolf Steiner bemerkte einmal zum Parteienwesen: »Was sind denn also Parteien hier im physischen Leben? Sie sind die Karikaturen von demjenigen, was in der übersinnlichen Welt seine gute Berechtigung hat [...]. In der sinnlichen Welt ist es verderblich, verwerflich, denn die Welten haben alle ihre eigenen Gesetze – und wir steuern heute hinein in die Notwendigkeit, uns zur geistigen Welt wieder hinaufzuarbeiten. Aber die erste Etappe wird damit begonnen, daß hier in dem physischen Leben die Karikaturen des geistigen Lebens auftreten, daß die Menschen zunächst hier Parteifahren aufrichten und Parteigötzen folgen, während sie geistigen Wesenheiten folgen sollten. Da ist es Wahrheit, wenn es in der übersinnlichen Welt geschieht; Lüge und Illusion ist es, wenn es hier in der physischen Welt geschieht.«³

Karikaturen, Lüge und Illusion – vielleicht war das alles in früherer Zeit noch nicht so deutlich, aber heute sprechen die Tatsachen eine klare Sprache. Für die bisher in der Bundesrepublik am längsten regierende Partei – und prinzipiell auch für die anderen – ist festzustellen: »Die Union hatte und hat keine Antwort auf die sozialen Probleme, die die Protestwähler in Richtung AfD getrieben haben. Nicht zu steigenden Mieten, zur Arm-Reich-Kluft oder zu verödenen Dörfern. Nicht zu prekären Arbeitsverhältnissen oder Minirenten. Und sie hat keine Antwort auf das Flüchtlings- und Migrationsproblem, das die Rechtspartei für ihre Zwecke instrumentalisiert hat.«⁴ Wir kennen viele weitere Probleme: den Pflegenotstand; die massive Unterbesetzung in Polizei und Justiz; zunehmende Obdachlosenzahlen und

Wohnungsnot in den Städten; ein fehlendes Zuwanderungsgesetz; das entwürdigende Sanktionssystem von Hartz IV etc. Ein wirklich zukunftsorientiertes und menschheitliches Denken und Handeln sucht man bei den deutschen Regierungen der letzten Dekaden ebenso vergeblich wie ein ernsthaftes Hinarbeiten auf mehr Sozialität und eine Fortentwicklung der Demokratie. Schlagwörter wie »Globalisierung«, »Wettbewerbsfähigkeit«, »Wirtschaftsstandort« und »Digitalisierung« heizen die Atmosphäre auf und vereinseitigen das Denken; andere Wörter, wie »Erneuerung«, »Verantwortung« und »Heimat«, sollen hingegen die Wähler beruhigen. Nicht allein der Wahlerfolg der AfD gefährdet also ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben.⁵ Vielmehr wurden von der politischen »Mitte« über Jahre hinweg existenzielle Probleme negiert – aus eben dieser »Mitte« heraus wurde unsere Gesellschaft gespalten. Darüber ist das Bild einer Regierung, welche die Existenz, das Wohl und die Freiheit aller Bürger sichert, zerbrochen.

Dabei sollte sich Deutschland nach den vielfältigen Schrecken und Verbrechen des 20. Jahrhunderts – trotz seiner wirtschaftlichen Spitzenstellung – eigentlich immer noch in einem moralischen Ausnahmezustand befinden: Bedingungslose Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Streben nach geistiger Unabhängigkeit müssten aus der noch anhaltenden Betroffenheit heraus die öffentliche Atmosphäre und das Handeln aller gesellschaftlich Verantwortlichen bestimmen. Das ist bekanntlich nicht der Fall.

Historische und biografische Rhythmen

Es wäre zu simpel, in den Ereignissen seit September 2017 nur eine zeitliche Verzögerung der Regierungsbildung zu sehen. Diese Situation traf Deutschland nicht irgendwann, sondern zu einem Zeitpunkt, der in mancherlei Hinsicht bedeutend ist. Seit dem sogenannten »Epochenjahr« 1917, in dem die USA in den Ersten Weltkrieg eintraten und in dem mit der russischen Oktoberrevolution die Grundbedingungen für die Entstehung der Sowjetunion geschaffen wurden, sind 100 Jahre vergangen.

Damals begann die Spaltung der Welt in die Machtblöcke West und Ost – eine eigene, »Mitte« bildende Orientierung Europas gelang aber nicht. Wie ging es weiter? 100 Jahre sind dreimal $33 \frac{1}{3}$; das ist die Anzahl der dem Zeitlauf eingepprägten Lebenszeit des Christus Jesus auf der Erde, die bedeutende Einschnitte markieren kann. Als solche Einschnitte finden wir:

- 1949, nach knapp 33 – genauer 32 Jahren – mit der Gründung von BRD und DDR die Fixierung des Ost-West-Gegensatzes und der deutschen Teilung;
- 1982, nach wiederum 33, also insgesamt 65 (fast 66) Jahren, die »geistig-moralische Wende«: Helmut Kohl wird Bundeskanzler und schließt sich an Margaret Thatchers und Ronald Reagans neoliberalen Kurs an. Nach etwa der ersten Hälfte der nächsten 33 Jahre (1998) findet der Wechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün statt, der das Land entgegen allen Erwartungen noch weiter in den Neoliberalismus hineintreibt, Kriege wieder zum Mittel deutscher Politik macht und ein Wort wie »Eigenverantwortung« zur Floskel herabwürdigt;
- 2017 schließlich eine Bundestagswahl, welche die Erwartungen nach selbstverständlichem Fortgang nicht mehr erfüllt; die neue GroKo wird aus der Not heraus zusammengeschweißt.

Fügen wir einen weiteren Aspekt hinzu: Die Sowjetunion existierte von ihrem ersten Beginn (Oktoberrevolution 1917) bis zum »Anfang ihres Endes« im November 1989 72 Jahre, also so lang wie ein Menschenleben nach kosmisch-spirituellen Gesichtspunkten. Und ebenfalls 72 Jahre haben wir von 1945 – dem Beginn der Nachkriegszeit – bis 2017 zurückgelegt. Was geschieht nun am Ende dieses »ersten Lebens« nach dem Dritten Reich? Erleben wir eine Fortführung des bestehenden Systems und seiner machtorientierten Scheinstabilität um jeden Preis – oder tauchen neue Ideen auf?

Und ein dritter Gesichtspunkt tritt hinzu: 28 Jahre sind seit 1989 vergangen. Im 28. Lebensjahr eines Menschenlebens tritt der begleitende Engel zurück und überlässt dem Menschen die selbstständige Führung seines Lebens bis zum

42. Lebensjahr. Die Öffnung der Berliner Mauer war als erlösender Neuanfang erlebt worden, und man blickte 1989 allgemein mit Zuversicht auf die weitere Entwicklung. Es fragt sich, wie eigenständig nun die um die Bewohner der ehemaligen DDR erweiterte Gesellschaft der Bundesrepublik in Hinsicht auf Gestaltung der Demokratie sowie des Sozial- und Rechtsstaates geworden ist. Wie unabhängig von politischer Führung und wie bereit zu aktiver Mitgestaltung sind ihre Bürger heute?

Verpasste Chance

Einschneidendes geschieht in der Biografie des Einzelnen wie auch in größeren Zusammenhängen oft eben nicht irgendwann, sondern zu ganz bestimmten Zeiten. Nicht äußere Bedingungen schaffen (Un)Möglichkeiten, sondern aus innerer Notwendigkeit strebt eine Entwicklung auf einen Kulminationspunkt zu, dem sich die äußeren Ereignisse nur andienen. Dann kann sichtbar werden, was – positiv oder negativ – im Wesen der Sache liegt. Innerhalb solcher zeitlicher Gesetzmäßigkeit erweisen sich nun die hohen Stimmverluste der beiden »Volksparteien« und die lange verzögerte Regierungsbildung als Folge einer Fehlsteuerung des politischen Systems und sind als Aufruf zu grundlegender Kritik zu sehen – der von den Amtsträgern aber nicht genutzt wurde.

Umso drängender stellt sich die Frage, was wünschenswert gewesen wäre. Natürlich muss man sich vor überzogenen Hoffnungen hüten – ein unmittelbarer Übergang zu einer Dreigliederung des sozialen Organismus lag 2017 ebenso wenig nahe wie 1989. Doch eine Zeit des Erprobens hätte mit einer Minderheitsregierung beginnen können, die sich in anderen Ländern als durchaus praktikabel erweist. Darin wäre nicht mehr »durchregiert« worden, sondern die Kraft der Argumente hätten wieder mehr bedeutet als die Parteizugehörigkeit dessen, der sie ausspricht. In einer Minderheitsregierung gibt es keine feste Blockbildung, sondern je nach Sachthema werden variable Verbindungen verschiedener Parteien eingegangen, denn das jeweilige Thema selbst steht mehr im

Vordergrund. Allerdings hätte dafür die CDU/CSU als größte Fraktion bereit sein müssen, sich als Minderheitsregierung tolerieren zu lassen, was keine angenehme Aufgabe, aber umso mehr ein Zeichen von Verantwortlichkeit und Offenheit für mehr Demokratie gewesen wäre. Dazu ist es leider nicht gekommen, und so fragt man sich nicht ohne Sorge, was nach der nicht genutzten Chance zu erwarten ist.

Zunächst einmal erleben wir eine Tendenz zum »Weiter so«. Auf die Frage, was unter der angestrebten »Erneuerung« der SPD zu verstehen sei, antwortete der stellvertretende SPD-Vorsitzende Torsten Schäfer-Gümbel: »Das wohl zentrale Thema lautet: Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit unter den Bedingungen von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel. Es geht darum, dass wir die Menschen in dieser veränderten Arbeitsgesellschaft mitnehmen. Wir müssen es schaffen, den technologischen Fortschritt auch zu einem sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. [...] Weitere Themen sind die Handlungsfähigkeit des Staates und Konflikte zwischen Arbeit und Umwelt.«⁶ Derartiges hätte auch schon nach der letzten oder vorletzten Wahl gesagt werden können. Ob sich der nicht erfolgte Wandel der politischen Kultur jetzt andere Wege zur Verwirklichung sucht, bleibt abzuwarten.

Immer wieder aber sorgen einzelne engagierte Menschen für Erneuerung. So haben sich eine ehemalige Waldorfschulärztin und einige Gleichgesinnte mit Vertretern aller Fraktionen im NRW-Landtag (außer der AfD) über die Problematik zu früher Einschulung von Kindern in Kenntnis gesetzt. Sie führten menschenkundliche Begründungen und moderne Untersuchungen an, die eindeutig nahelegen, dass eine Einschulung schon mit fünf Jahren den Kindern wie auch dem sozialen Ganzen erheblich schadet. Ein darauf folgender Erlass gestand zunächst einmal mehr Großzügigkeit bei den Rückstellungen einzelner Kinder zu. Ein weiterer Antrag zielt nun darauf, eine spätere Einschulung auch gesetzlich zu verankern. Man darf sich über einen solchen zumindest vorläufigen Erfolg freuen, muss aber auch erkennen, dass hier – wie anderswo – darum gerungen werden muss, der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen. Ein Einsatz gegen solche Versuche liegt nicht sehr fern vom Bereich der Notwehr. Dennoch ist er kein Teil einer Revolution (ein Begriff, der heute in vielen unpassenden Zusammenhängen propagiert wird) und soll es auch nicht sein; er ist vielmehr das Bemühen darum, dem Menschlichen still und beharrlich die bestmöglichen Wirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

1 <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/merkel-nach-der-wahl-die-unerschuetterliche-15219557.html>

2 <https://www.freitag.de/autoren/sebastianpuschner/sahras-plan>

3 Vortrag vom 30. Juli 1920 in Rudolf Steiner: »Gegensätze in der Menschheitsentwicklung« (GA 197), Dornach 1989, S. 124.

4 Werner Kolhoff: »Die Union darf nicht länger streiten und taktieren«, in: »Westdeutsche Zeitung« vom 7. Oktober 2017, S. 2.

5 So viel auch gegen die AfD spricht: Für Probleme wie die oben genannten ist die AfD (noch) nicht verantwortlich. Dazu Ulrich Schneider, der Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands: »Sicher sind Phänomene wie Pegida und AfD nicht monokausal allein durch den armutspolitischen und sozialstaatlichen Rückzug seit der Jahrtausendwende zu erklären. Doch wird kaum je-

mand ernsthaft leugnen wollen, dass ein robusterer Sozialstaat und ein sozialerer Arbeitsmarkt, als wir ihn heute noch haben, es Demagogen am rechten Rand erheblich schwerer gemacht hätten, auf der Flüchtlingsproblematik ihre braune Suppe zum Kochen zu bringen.« Ulrich Schneider: »Wir brauchen endlich große sozialpolitische Würfe in Deutschland« – www.nachdenkseiten.de/?p=40645

6 www.sueddeutsche.de/politik/spd-nachmitgliederentscheid-die-erneuerung-ist-zwungend-1.3892232. Vgl. Norbert Häring: »Die bevorstehende Erneuerung der SPD in 20-Netzwerker-Thesen – und was diese wirklich bedeuten« – <http://norberthaering.de/de/27-german/news/960-spd-netzwerker>

7 Vgl. die Facebook-Seite des »Netzwerks gegen Früheinschulung in NRW«: <https://de-de.facebook.com/Netzwerk-gegen-Frueheinschulung-in-NRW-NegeF-1883211435026779/>